

Berliner Abgeordnetenhaus: Wasserprivatisierung

Hier stehen wir vor dem Berliner Abgeordneten Haus, dem „hohen Haus“, wie es einige nennen, die berühmte Berliner Schnauze nennt es auch „unser größter Supermarkt“. Warum? Weil hier der Verkauf des Berliner Tafelsilbers in den vergangenen 20 Jahren stattgefunden hat.

Nachdem nicht nur, wie wir es durch die Treuhand gesehen haben, in Ostdeutschland privatisiert wurde, sondern die Privatisierungswelle auch Gesamtberlin erreichte, wurden große Teile des Landeseigentums verkauft.

Es begann mit der Gasag (1994-98, gehört heute E.ON, GDF Suez und Vattenfall), gefolgt von der Bewag (*Berliner Städtische Elektrizitätswerke Akt.-Ges.*, 1997), die an Vattenfall ging, über die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften Gehag (1998) und GSW (2004) und auch das operative Geschäft der Straßenbeleuchtung (2006) und Ampeln (2002) wurden verschertelt.

Das größte Schnäppchen waren die Berliner Wasserbetriebe (BWB). Dazu jetzt etwas mehr, denn das ist einerseits eines der beeindruckendsten Beispiele über einen der ersten und größten Public Private Partnership (PPP)-Verträge. Andererseits ist es das einzige bis jetzt aufgrund des gesellschaftlichen Widerstands rekommunalisierte PPP-Projekt.

Bei diesem PPP-Projekt, auch als Teilprivatisierung bezeichnet, wurden im Jahr 1999 49,9% zu jeweils gleichen Teilen an RWE und Veolia verkauft. Der damalige Kaufpreis in Höhe von 1,6 Mrd. Euro floss zum Schuldenabbau in den Haushalt des Landes Berlin.

Wie bei PPP üblich, sollte dieser Vertrag 30 Jahre laufen und erst 2028 kündbar sein. Die weitere PPP-typische Charakteristik war, dass dieser Vertrag geheim war und so erfuhr die Bevölkerung nicht, unter welchen Bedingungen ihr jahrhundertaltes Wasserwerk privatisiert wurde.

„Nicht so schlimm“ dachten die meisten, das Land hat ja noch eine Mehrheit von 50,1%. Aber schön wär's. Das Konstrukt dieser Teilprivatisierung sah vor, dass die Privaten laut Vertrag die gesamte Geschäftsführung und das operative Geschäft übernahmen.

Im geheimen Vertrag wurde außerdem den privaten Konzernen eine Rendite auf das betriebsnotwendige Kapital für die gesamte Laufzeit zugesichert¹. Und damit sie aufgebracht werden kann, fingen die Berliner Betriebe an, die Preise zu erhöhen. Aber nicht sofort, sondern damit es nicht gleich auffällt erst ein paar Jahre später. Und so kam es, dass von 2004 bis 2010 die Preise um 35% angehoben wurde. Dass dies zu viel war, bestätigte 2012 auch das Bundeskartellamt und verfügte, dass die BWB die Preise ab 2012 um rund 17% senken müssen. Dieser Verfügung stimmte 2014 auch das OLG (Oberlandesgericht) Düsseldorf zu, und wies damit die Beschwerde der BWB zurück.

Die zugesicherte Renditegarantie an die Privaten bedeutete aber auch Folgendes: Sollte das Unternehmen dies nicht erwirtschaften, stand der Berliner Haushalt dafür gerade (ggf. durch Verzicht auf seinen Rendite-Anteil aus den 50,1%).

Weitere Gewinnquellen für die Privaten waren z.B. die zurück gehaltenen Investitionen oder die Instandhaltungsaufträge, die sie an eigene Tochtergesellschaften vergaben. Ersteres bewies eine Studie im Auftrag der Berliner Bauindustrie und der Baugewerkschaft². Darin wurde ausgerechnet: wenn die Berliner Wasserbetriebe das Netz so langsam sanieren, werden sie das gesamte Netz erst in rund 303 Jahren

¹ <http://berliner-wassertisch.net/assets/pdf/klaerwerk/KlaerwerkSonderinfohtmlVersion.html>

einmal runderneuert haben. Dabei zahlen die Wasserkunden Abschreibungen im Voraus als ob die Netze alle 30-50 Jahre erneuert würden. Diese Taktik schaffte Extraprofite mit Zustimmung des Senats.

Die Berliner Bauindustrie und die Baugewerkschaft waren aber auch darüber besorgt, dass die sowieso schon geringen Investitionen zu einem Großteil an die Tochtergesellschaft Veolia Enviroment anstatt an die lokalen Bauunternehmer gingen.

Mit der Zeit erfuhren die BerlinerInnen welche Folgen die Privatisierung hatte und hier fängt die Erfolgsgeschichte einer BürgerInneninitiative mit dem Namen Berliner Wassertisch an.

Dank der damaligen SPD Abgeordneten Gerlinde Schermer, die von ihrem Recht Gebrauch machte, die Verträge nachträglich in einer geheimen Kammer einzusehen und dank ihres Mutes, das dort Gelesene öffentlich zu machen, was ihr eigentlich untersagt worden war, haben die Aktiven des Berliner Wassertisches erfahren, worum es in dem Vertrag ging. Doch um dagegen klagen zu können, musste der Vertrag öffentlich sein. Deshalb beschloss der Berliner Wassertisch 2006 einen Volksentscheid zur Offenlegung der Verträge und aller Nebenabreden. Es dauerte 5 Jahre bis im Februar 2011 dieser Volksentscheid gewonnen wurde.

Der Volksentschied „Unser Wasser“ war der erste erfolgreiche Volksentscheid in Berlin und damit ein Meilenstein gegen die Privatisierung des Wassers und für die direkte Demokratie insgesamt.

Der Berliner Wassertisch erwartete, dass der Berliner Senat diese Steilvorlage zur Rückabwicklung des Vertrages aufnehmen würde. Denn nach Berechnungen der Wasseraktiven haben sich Veolia und RWE ihre Kaufsumme von zusammen 1,6 Mrd. Euro bereits in den ersten 12 Jahren von den Wasserkunden zurückzahlen lassen. Das Land und die BürgerInnen müssten jetzt also nichts mehr zurückzahlen. Doch weit gefehlt. Der Senat entschloss sich nicht für eine Rückabwicklung der Verträge, sondern für die weit teurere Lösung: eine Rekommunalisierung durch Rückkauf. Er kaufte die Anteile von RWE im Jahr 2012 für 618 Mio. Euro und 2013 die von Veolia für 590 Mio. Euro zurück und, wie der Berliner Wassertisch argumentiert, zahlte damit den privaten Konzernen den noch ausstehenden Gewinn bis 2028 in Voraus.

Im Klartext heißt das: Veolia und RWE konnten in 12 bzw. 13 Jahren ihr Kapital verdoppeln. Die Wasserkunden kostet das insgesamt 2,7 Mrd. Euro plus ca. 500 Mio. Zinsen, also 3,2 Mrd. Euro. Der Senat musste Kredite aufnehmen um die Kaufsummen aufbringen zu können und die Schulden wurden nicht dem Gesamthaushalt sondern den BWB zugeschrieben.

Außerdem hat der Berliner Senat jetzt nur eine Absicht: er möchte den ganzen Gewinn für sich behalten, den er bisher mit den Privaten teilen musste. Nach dem Rückkauf der Anteile von Veolia und RWE will er die bisherige gewinnorientierte Ausrichtung beibehalten, und die ersten Schritte seit Anfang des Jahres 2014 sind äußerst bedenklich: er ist bereits dabei eine innerbetriebliche Reform durchzuführen um dabei 60 Mio. Euro einzusparen. Die Einsparungen sollen vor allem auf Kosten der MitarbeiterInnen geschehen und das nachdem in der Zeit der Privatisierung die Belegschaft schon um ca. ein Drittel verringert wurde.

Doch dafür hatten der Berliner Wassertisch und alle, die sich am Volksentscheid beteiligt hatten, nicht gekämpft. Sie setzen sich heute für eine Transformation der gewinnorientierten Berliner Wasserbetriebe in ein transparentes, demokratisches, sozial und ökologisch nachhaltiges Wasserunternehmen ein. Dies kann ihrer Meinung

² Projektergebnisse der Studie „Anforderungen an eine nachhaltige Sanierung des Wasser- und Abwassersystems in Berlin - Elemente zur Entwicklung eines Investitionsmonitorings“ im Auftrag der Stiftung Baugewerbe http://berliner-wassertisch.net/assets/docs/Handout_Fachworkshop_Kanalsystem-1.pdf (S. 5)

nach nur durch eine aktive Beteiligung der Berliner Bevölkerung an der Entscheidungsfindung im Berliner Wassermanagement gesichert werden. Ihr Motto ist heute: Nach der Rekommunalisierung - jetzt Demokratisierung. Auf dem Weg dahin legen sie der Öffentlichkeit eine Berliner Wasser Charta³ zur Diskussion vor, sie soll die Basis der zukünftigen Wasserbetriebe werden. Und sie haben den Berliner Wasserrat gegründet, ein Forum für alle interessierten BerlinerInnen, um das in dieser Stadt große Wissen über eine andere Wasserwirtschaft zusammenzubringen und so diese Transformation umzusetzen.

Nach dem gewonnenen Volksentscheid wollen sie einen neuen Meilenstein setzen: Berlin als Beispiel für eine demokratische Wasserwirtschaft in Hand der Bürger und Bürgerinnen.

zusammengestellt von Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V. und attac Berlin AG
Argumente
Hrsg.:
Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V.
Weidenweg 37
10249 Berlin
<http://www.gemeingut.org>

³ www.gemeingut.org/wp-content/uploads/2013/09/Berliner-Wassercharta-PK-5.9.13.pdf